

Hartz IV Wochenbericht 10_2

Sonntag, 02 März 2008

GSA e.V. 16.03.05

10. Wochenbericht zu Hartz IV Teil 2

Gemeinsame Erklärung der Monopolverbände
vom 11.03.05

„Was noch in diesem Jahr geschehen kann und muss“ BDA vom 14.03.05

Gemeinsame Erklärung der Wirtschaftsinstitute
vom 11.03.05

CDU/CSU Antrag an den Bundestag
vom 15.02.05

Steuern

Ž

Entlastung bei einbehaltenen Gewinnen von Personen- und Kapitalgesellschaften.

Ž

Gewerbsteuer in die Einkommen- und Körperschaftssteuer integrieren.

Ž

Grundlegende Reform der Kommunalfinanzen.

Ž

Als erster Schritt Abschaffung der Gewerbsteuer.

Ž

Mittelfristig eine umfassende Unternehmenssteuerreform.

Ž

Streichen des Solidaritätszuschlags.

Ž

Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte. Mehreinnahmen fließen nur an den Bund.

Ž

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Güter und Dienstleistungen aus geringqualifizierter Arbeit.

Ž

Reform der Unternehmensbesteuerung.

Arbeitslosenversicherung

Ž

Beitrag in diesem Jahr von 6,5 % auf 5,5 % und mittelfristig weiter senken.

Ž

Konzentration auf Kernaufgaben, Streichung des „Aussteuerbetrags“.

Ž
Beitrag in diesem Jahr von 6,5 % auf 5,5 % und mittelfristig auf 4,5 % senken.

Ž
Streichung des „Aussteuerungsbetrags“ und versicherungsfremde Leistungen. Zurückführung nicht effektiver Leistungen.

Ž
Beitrag in diesem Jahr von 6,5 % auf 5,5 % senken.

Ž
Mittelfristige Abschaffung der Arbeitslosenversicherung mit der Ersetzung des Kündigungsschutzes durch eine Abfindungsregelung.

Ž
Beitrag in diesem Jahr von 6,5 % auf 5,5 % senken.

Ž
Bundesagentur von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben befreien.

Ž
Unwirksame Arbeitsmarktpolitische Instrumente einstellen.

Ž
„Aussteuerungsbetrag“ grundlegend überarbeiten.

Kranken- und Pflegeversicherung

Ž
Reform der Leistungen.

Ž
Beitragsumstellung auf Prämienmodell mit steuerfinanziertem Sozialausgleich.

Ž
Niveau der Leistungen absenken.

Ž
Krankenkassen dürfen direkt Verträge mit Ärzten und Krankenhäusern zur Reduzierung der Ausgaben abschließen.

Ž
Gesetz zur Gesundheitsprävention zurückziehen.

Ž
Mittelfristige die Beitragszahlung vom Arbeitsverhältnis abkoppeln.

Renten

Ž
Sicherungsklausel in der Rentenformel streichen (d.h. keine Rentenanpassung mehr).

Ž
Höheren Krankenversicherungsbeitrag für Rentner.

Ž
Mittelfristig Anhebung der Regelaltersgrenze. Reform der Hinterbliebenenversorgung

Sozialversicherungen allgemein

Ž
Ausgabensenkende Strukturreform in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Ž

Teilweise Abkoppelung der Beitragszahlung vom Arbeitsverhältnis.

Ž

Ausbau der ergänzenden kapitalgedeckten Vorsorge.

Ž

Modernisierung der Sozialen Sicherungsgesetze.

Kündigungsschutz

Ž

Erst in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.

Ž

Erst drei Jahre nach der Einstellung.

Ž

Bei Neueinstellungen erst in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.

Ž

Streichung des Kündigungsschutz für Beschäftigte ab 52 Jahren.

Ž

Mittelfristig den Kündigungsschutz durch eine Abfindungsregelung ersetzen.

Ž

Kündigungsschutzrecht modernisieren.

Befristete Arbeitsverhältnisse

Ž

Bis zu einer Dauer von fünf Jahren.

Ž

Bis zu vier Jahren für alle Betriebe.

Ž

Beliebige Befristung ohne Sachgrund für alle Arbeitsverhältnisse. Befristung zunächst auf 5 Jahre beschränken.

Teilzeitbeschäftigung

Ž

Ausbau der Teilzeitbeschäftigung.

Ž

Rücknahme des Rechtsanspruchs für Teilzeit.

Ž

Alle „Schwellenwerte“ nur entsprechend der Arbeitszeit berücksichtigen.

Tarifvertragsrecht

Ž

Flexibilisierung des Tarifvertragsrechts mit gesetzlicher Klarstellung des Günstigkeitsprinzips.

Ž
Betriebliche Bündnisse für Arbeit mit Beschäftigungsgarantien über Tarifverträge stellen.

Ž
Öffnungsklauseln in allen Branchen und Tarifverträgen.

Ž
Änderung des Tarifvertragsrechts mit Klarstellung des Günstigkeitsprinzips.

Ž
Günstigkeitsprinzip: Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen können vom Tarifvertrag abweichen/ersetzen.

Ž
Rechtliche Grundlage für betriebliche Bündnis für Arbeit unter Beachtung der Tarifautonomie schaffen.

Ž
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Niedriglöhne

Ž
Einstiegsgehälter für Arbeitslose bis zu einem Jahr 10 % unter Tarif.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Ž
Jugendarbeitsschutzgesetz so fassen, dass es jungen Menschen eine Chance für den Start ins Berufsleben gibt.

Betriebsverfassungsgesetz

Ž
Umgestalten, dass es kostengünstiger wird.

Ž
Konzeption eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches vorlegen.

Arbeitszeitgesetz

Ž
Flexibilisieren entsprechend EU-Recht. Längerfristige Arbeitszeitkonten.

Neue Techniken

Ž

Forschungs- und Technologieförderung müssen praxisnah sein und zur unternehmenseigenen Innovationsstrategie passen.

Ž
Effizienzsteigerung des Technologietransfers aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ž
Förderung mit öffentlichen Mitteln der Gen-, Bio-, Nano- und Lasertechnologie.

Hochschulen

Ž
Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes.

Ž
Einführung von Studiengebühren.

Allgemeine Bildung

Ž
Halbierung des Anteils der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss sowie des Anteils der Schüler mit unzureichender „Elementarkompetenz“ bis 2010.

Ž
Frühkindliche Bildung mit entsprechenden Angeboten stärken.

Ž
Reform des Bildungswesens.

Familienpolitik

Ž
Qualifikation von Frauen mehr als bisher zu nutzen.

Ž
Kinderbetreuungsinfrastruktur ausbauen, flexibilisieren und Qualität sichern.

Mitbestimmung

Ž
Anpassung an die europäische und internationale Entwicklung.

Ž
Mitbestimmungsverfahren entbürokratisieren und beschleunigen.

Antidiskriminierungsgesetz

Ž
Nicht über die EU-Vorgaben hinausgehen.

Ž
Antidiskriminierungsgesetz sofort zurückziehen.

Föderalismus

Ž
Bis zum Jahresende tragfähigen Konsens zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Ž
Leitlinien für Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern, politische Verantwortlichkeit eindeutig zuweisen.

Ž
Reform der Finanzverfassung.

Bürokratie

Ž
Systematische Organisierung der Bürokratieabbau nach dem IDW-Gutachten von Oktober 2003.

Ž
Genehmigungsverfahren vereinfachen, verkürzen und Beschleunigen.

Ž
Justizreform, Vielzahl der Gerichtsinstanzen reduzieren.

Energiepolitik

Ž
„Politischen“ Lasten auf den Energiepreisen abschaffen und Überschneidungen mit Klimaschutz, Emissionshandel, Ökosteuer, Förderung erneuerbarer Energie abbauen.

Ž
Günstige und nachhaltige Energieversorgung.

Mittelstand

Ž
Bestellung für Sicherheitskräfte, Betriebsärzte und Aufstellung von Statistiken für Kleinbetriebe aussetzen.